

*Nummer 74*

*November  
1999*

Zulnr. 82399G85U

# GLÜCK AUF

Mitteilungsblatt der KPÖ-Fohnsdorf

## Endgültiges Aus für die Therme oder neue Chance?

Seite 3

### Südspange: Nutzlos und gefahren-



Der Volksschulneubau schreitet zügig voran und reicht nahe an den geplanten Verlauf der Ortsumfahrung Fohnsdorf, auch Südspange genannt.



Mit der Genehmigung des Flächenswidmungsplanes durch die Landesregierung wird das vom Gemeinderat mehrheitlich beschlossene Vorhaben realisierbar. Die finanziellen Mittel für dieses nutzlose und gefahrenträchtige Projekt wird man sich von der Bevölkerung holen.

Nur Druck auf Gemeinde- und Landespolitiker kann das verhindern (Siehe auch unseren Bericht zum Verfahrensstand des Flächen-

**Finanzierung  
Ärztzentrum**

Seite 4

**Petition  
gegen NATO**

Seite 5

**Pensionen  
Minimale  
Erhöhung**

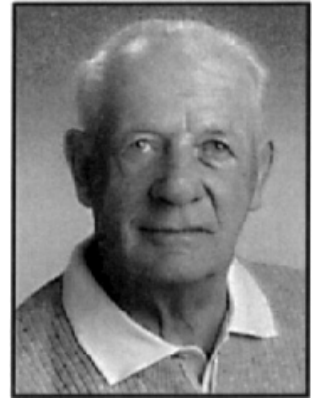
Seite 6

**Bestattung**

Seite 7



## Johann Zniebacher



Unser langjähriger Genosse Hans Zniebacher lebt nicht mehr. Er hat am 21. Oktober im 87. Lebensjahr seine Augen für immer geschlossen.

Das Leben „Zniebis“ zu charakterisieren, ist sehr schwer. Hineingeboren am 20.2.1913 in eine sehr politische Familie - sein Vater war Mitglied des Parteivorstandes und des Gemeinderates der Sozialdemokratischen Partei - war es für ihn selbstverständlich, sich bei den Kinderfreunden und der sozialistischen Jugend zu organisieren.

Als Mitglied des Schutzbundes erlebte er den Verrat der sozialdemokratischen Führung, der für ihn aber nicht das Aufhören bedeutete, politisch zu arbeiten. Sein Schritt war, daß er in der Illegalität - wie viele andere junge Fohnsdorfer - zur kommunistischen Partei kam. Als junger und arbeitsloser Bergarbeiter glaubte er immer an eine bessere Welt, die ohne Ausbeutung und Kapitalisten ein menschliches Dasein bietet.

In der schwärzesten Zeit, die Österreich miterlebte, die Zeit des Hitlerfaschismus, stand er zu seiner politischen Meinung, trat mutig gegen den Krieg und für ein freies, unabhängiges Österreich ein.

Als Folge davon wurde er von den Nazis verhaftet und wegen Hochverrats zum Tode ver-

urteilt. 8 Monate saß unser Zniebi in der Todeszelle, wobei die Gefängniswärter ihren Spaß daran hatten, ihn alle Tage zu bedrohen, daß sein Leben jetzt verwirkt sei.

Auf Grund einer Aussage der Bergverwaltung Fohnsdorf, daß er bei einem Grubenunglück unter Einsatz seines Lebens Dutzende Bergarbeiter gerettet hatte, wurde er zu 10-jähriger Haft begnadigt. Während dieser Zeit wurde er 4 Mal pro Woche zum Blutspenden gezwungen. Als den Nazis die Soldaten ausgingen, wurde er sogar aus der Haft entlassen und sofort dem Strafbataillon 999 zugeteilt.

Er geriet in amerikanische Gefangenschaft, wo es sehr schwer war, nachzuweisen, daß er ein österreichischer Patriot ist. Am 27.9.1945 traf unser Zniebi wieder in Fohnsdorf ein. Sein erster Weg war zum Parteilokal. Als einer der Hauptaktivisten bei der Jugendarbeit sah er seine Aufgabe darin, die Jugend zum Frieden zu erziehen.

Was zeichnete Zniebi nach dem Krieg besonders aus?

Er kannte keinen Haß auf seine Peiniger. Auch Todeszelle, jahrelange Haft und das Strafbataillon 999 konnten seine Liebe zu den Menschen nicht mindern. Er glaubte bis zu seinem Tod an eine friedliebende, internationalisierte Welt.

Ein Brechtzitat kann unseren Zniebi am besten beschreiben:

"Die Schwachen kämpfen nicht, die stärkeren vielleicht eine Stunde lang, die noch stärker sind, kämpfen vielleicht viele Jahre, aber die Stärksten kämpfen ihr Leben lang und diese sind unentbehrlich".

Die Fohnsdorfer Bevölkerung und wir Kommunisten danken Dir, lieber Zniebi, daß Du dieses Zitat zu Deiner Lebensphilosophie gemacht hast. Dein Leben war zwar stark geprägt von der Politik, aber Du hattest noch eine andere Liebe - die Musik.

Du warst jahrelang aktives Mitglied bei der Bergkapelle, hast die Schalmaienkapelle und die Mandolinengruppe in Fohnsdorf gegründet, mit denen Du auch in vielen Städten Österreichs aufgetreten bist.

Lieber Zniebi, wir danken Dir. Du warst für uns nicht nur ein politisches Vorbild, sondern vor allem ein menschliches. Bitte erlaube uns, uns mit einem herzlichen Glück auf von Dir zu verabschieden.

KPÖ-Fohnsdorf

## KINDERLAND

❄️ KOMM MIT ZUM ❄️  
 ❄️ Schicamp auf die ❄️  
 ❄️ Zirbenwaldhütte ❄️  
 vom 2.1. bis 6.1.2000

Anmeldungen und Auskünfte:

**Gudrun Luschützky**  
 Resti Josefiplatz 3, Tel. 21 66,

**Elisabeth Bärnthaler**  
 Kohlenstraße 4, Tel. 55 19



8753 Fohnsdorf, Hauptstraße 1, Tel. 035 73 3010

# META-Konkurs: Was wird mit der Therme? Endgültiges Aus oder neue Chan-

In der Gemeinde Fohnsdorf werden folgende Vorhaben Förderungen erhalten:

- Die Erhaltung der Lehrwerkstätten Siemens in Fohnsdorf und ÖBB in Knittelfeld, wobei der Firma Siemens für die diesjährige Aufnahme die Finanzierung von 10 zusätzlichen Lehrplätzen bereits zugesichert wurde.
- Die Erschließung der Thermalquelle Fohnsdorf, sobald die notwendigen Vorarbeiten abgeschlossen sind und die Erschließung der Therme als Projekt vorgestellt ist.



Was die Spatzen schon von den Dächern piffen, ist nun Wirklichkeit geworden: Die Betreiberin, die META-Gesellschaft, ist lt. Zeitungsmeldungen in eine Mega-Pleite geschlittert.



Damit ist für die Gemeinde Fohnsdorf wichtig, daß  
I aus diesem Konkurs kein finanzieller Schaden erwächst und  
I das für die ganze Region bedeutsame Thermenprojekt verwirklicht werden kann.

**Daher stellte die KPÖ-Fraktion in der letzten Gemeinderatssitzung folgenden Antrag:**

Die Mitglieder des Bauausschusses, des Raumordnungsausschusses und des Prüfungsausschusses sollten unverzüglich zusammentreten, um zu prüfen, mit welchen Maßnahmen dies sichergestellt werden kann.

Mittlerweile sagten die Vorsitzenden des Raumordnungsausschusses, VBM Ing. Franz Felber, und des Bauausschusses, GR Paul Koch, eine solche Sitzung zu.

Es wäre wohl höchste Zeit, wie schon in der letzten "Glück auf" vorgeschlagen, alle Kräfte der Region - von Politikern über Kammern bis zu den Gewerkschaften - zu bündeln, um dieses Projekt zu verwirklichen. Versprochen wurde von Bundes- und Lokalpolitikern schon genug. (Siehe nebenstehen

Sitzung zu.



Bgm. Pratter erklärt im Beisein von zahlreichen Persönlichkeiten Bundeskanzler Dr. Franz Vranitzky die Pläne der zukünftigen Therme Fohnsdorf.

Erschienen im Mai 1996: So jubelten die Amtlichen Mitteilungen der Gemeinde.

INSTALLATEUR SOLARTEUR BÄDERSTUDIO

Tropit der Hahn, ruf **KUPPEK** an!!!

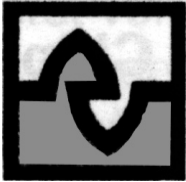
8753 HETZENDORF Tel 03573 6070

Papier-, Spiel- und Bastelwaren

**F. K. Gruber**

8753 Fohnsdorf, Grazerstraße 5  
Tel.: 21 36

## Wahlarzthilfe - Kosten- erstattung



Aus einem Informationsblatt der Versicherungsanstalt des Österreichischen

Nach dem Prinzip der freien Arztwahl kann der versicherte auch einen Arzt ohne Kassenvertrag (Wahlarzt) in Anspruch nehmen. In diesem Falle sind die Kosten vom Versicherten zu tragen. Er kann mit der saldierten Originalrechnung (mit möglichst detaillierten Angaben über die erbrachten ärztlichen Leistungen) **eine Kostenerstattung beantragen**, die nach Maßgabe der Satzung und Krankenordnung der Versicherungsanstalt des österreichischen Bergbaues erfolgt.

### Achtung!

**Die Höhe der Kostenerstattung orientiert sich an den Tarifen, die für Vertragsärzte (Vertragspartner) bezahlt werden und beträgt im Regelfall 80 % dieser Tarife (und nicht 80 % der Rechnungssumme des Wahlarztes!).**

Fast immer sind die Wahlarzthonorarnoten (zum Teil erheblich) höher als die mögliche Kostenerstattung seitens der Krankenversicherung. Dies sollte vom Versicherten bedacht werden, wenn er einen Wahlarzt aufsucht.

Die Versicherungsanstalt des Österreichischen Bergbaus rät daher, sich bei umfangreichen, teuren Behandlungen durch einen Wahlarzt, sich einen Kostenvoranschlag geben zu lassen und sich im Vorhinein zu erkundigen, in welchem Ausmaß eine Kostenerstattung

## Ärztzentrum und Neubau Volksschule: Land und Gemeinde sind sich einig: Beschlüsse sind rechtens.



Das Land  
Steiermark

→ Rechtsabteilung 7

### Befangenheit und Ungültigkeit von Beschlüssen:

Es wird der von Bürgermeister Straner und Frau GK. Wolfger vertretenen Rechtsmeinung beigetreten, dass eine Befangenheit von Frau Wolfger nicht vorliegt, und zwar aus dem Grund, dass die genannte Dame im Bankinstitut als weisungsgebundene Angestellte für den Bereich der Privatkundenbetreuung zuständig ist; die Betreuung von Gemeinden erfolgt durch den Direktor des Institutes selbst.

Frau Wolfger hatte also keinen Einfluss auf das Zustandekommen des gegenständlichen Vertrages und wurde im übrigen die entscheidende Rechtshandlung direkt von der Infrastrukturabteilung der Bank Austria in Wien gesetzt.

Frau Gemeindegassiererin Wolfger beehrte in der letzten Gemeinderatssitzung vom 21.10.1999 eine Gegendarstellung, die wir Ihnen hiermit zur Kenntnis bringen: Bitte bilden Sie sich selbst ein Urteil.

Sehr geehrte Damen und Herren!

Das Schreiben der Rechtsabteilung VII des Landes Steiermark und damit meine vollkommene Entlastung wurde Ihnen von Bürgermeister Straner in der Gemeinderatssitzung vom 21.10.1999 zur Kenntnis gebracht.

Sie schreiben in Ihrer Zeitung „Glück auf“, Ausgabe September 1999, dass die Beschlüsse des Gemeinderates Fohnsdorf zur Finanzierung des Volksschulneubaus und des Ärztencentrums ungültig seien, da ich auf Grund einer Befangenheit an der Beschlussfassung nicht hätte teilnehmen dürfen.

Des weiteren schreiben Sie, dass das Verfahren neu aufgerollt und ordnungsgemäß durchgeführt werden soll.

Die angeführten Tatsachen sind unrichtig. Daher begehre ich nach dem Mediengesetz die Veröffentlichung einer Gegendarstellung in der nächsten Ausgaben der Zeitung „Glück auf“, in der gesetzlich vorgeschriebenen Form.

Die Beschlüsse des Gemeinderates zur Finanzierung des Volksschulneubaus und des Ärztencentrums sind ordnungsgemäß zustande gekommen und eine Befangenheit meinerseits war nicht gegeben.

Mit vorzüglicher Hochachtung

Sauna Tennis Squash  
FREIZEITZENTRUM  
WILHELMER  
8753 Aichdorf  
Tel. 03577/22631



# Flächenwidmungsplan: Nix is fix!

Bekanntlich sind alle Bürger, die Einwendungen eingebracht haben, von der Gemeinde schriftlich benachrichtigt worden, ob ihre Einwendungen berücksichtigt wurden oder nicht. Erfolgte keine Berücksichtigung, wurde dies begründet.

Auf die Anfrage von GR Dr. Birgit Kampl nach dem Verfahrensstand informierte Dr. Brandner:

Der Flächenwidmungsplan wird mit den dazugehörigen Unterlagen

voraussichtlich in der ersten Novemberwoche der Landesregierung zur Genehmigung vorgelegt.

### Zur Erinnerung:

Die Landesregierung hat über die Genehmigung des Flächenwidmungsplanes mit Bescheid zu entscheiden. Mit einer Entscheidung des Landes ist spätestens in 6 Monaten zu rechnen.

Die Genehmigung könnte aber



auch aus verschiedenen Gründen verwehrt werden. Dann müßte sich der Gemeinderat erneut damit befassen.



## Petition

### ZELTWEG DARF KEIN NATO-FLUGPLATZ WERDEN !

An den Petitionsausschuß des Nationalrats, 1017 Wien, Parlament  
 Fluglärm und Abgase der Draken-Abfangjäger belasten die Region Aichfeld-Murboden. Die mögliche Aufgabe der Neutralität Österreichs und der Beitritt unseres Landes zur NATO würden zusätzliche Gefahren mit sich bringen, vor allem wenn Zeltweg wegen seiner strategisch günstigen Lage zu einer NATO-Luftwaffenbasis ausgebaut würde. Im Kriegsfall wäre das Aichfeld ein Angriffsziel ersten Ranges. Zeltweg darf kein NATO-Flugplatz werden!

### Die Unterzeichner/innen dieser Petition fordern :

eine aktive Neutralitätspolitik und die Abwehr aller Versuche, den Status der immerwährenden Neutralität unseres Landes aufzugeben und Österreich in die NATO einzugliedern.

Datum der Unterstützung	Name	Adresse	Geburtsdatum	Unterschrift

Bitte rücksenden die untenstehenden Adresse oder in den Briefkasten bei der Resti - KPÖ Büro werfen:

# AK-Wahlen: GLB kandidiert

Am 23.10.99 beschlossen bei einer Versammlung in Donawitz dutzende Arbeiter und Angestellte bei den Kammerwahlen im Mai 2000 unter der Listenbezeichnung Gewerkschaftlicher Linksblock (Kommunisten, Sozialisten und Parteilose) zu kandidieren.

**Ihr Forderungsprogramm ist:**

- ! die Erhaltung des 13./14. Monatslohnes
- ! Hände weg von der Abfertigung,
- ! Kollektivverträge müssen auf eine gesetzliche Basis gestellt werden
- ! keine Verschlechterung im Pensions- und Sozialsystem.

Spitzenkandidat ist der langjährige Kammerrat und Betriebsrat der Steyr-Daimler-Puch AG Peter Scherz. Der Werkzeugmacher Peter Scherz (41 Jahre) ist verheiratet und hat zwei Kinder (Foto).



## Pensionserhöhung

Die KPÖ verlangt, daß die Pensionen nicht prozentmäßig erhöht werden, um die Schere zwischen Mindest- und Höchstpensionen nicht weiter auseinanderklaffen zu lassen, sondern einen Fixbetrag von öS 500 für alle. Das wäre sozial gerecht.

Bei der vorgeschlagenen 0,4%-igen Erhöhung der Pensionen wären das für den Durchschnitt lt. Pensionsbeitrag ca. 40.- Schilling/ Monat.

Für die Arbeiter und Angestellten mit Durchschnittslöhnen von 20.000.- Schilling käme die Lohnerhöhung von 1,9% auf ungefähr 380.- Schilling/ Monat.

Die Erhöhung der Bezüge öffentlicher Funktionäre (vom Bundespräsidenten bis zur Gemeindegemeinspitze) für das Jahr 2000 liegt jedenfalls weit über dem der Lohn- und Gehaltserhöhungen für Arbeiter und Angestellte. Während man Pensionisten, Arbeiter und Angestellte zum Sparen auffordert, bedienen sich die Politiker weiter an den öffentlichen Geldern.

## Berufsheer - Nein Danke Gedanken eines Milizoffiziers



„Sechs Monate sind genug“ lautete in der Kreisky-Ära eine SPÖ-Losung. Gemeint war die Reduzierung des Wehrdienstes auf sechs Monate. Auch die Abschaffung des Bundesheeres wurde diskutiert. Bundeskanzler Klima vollzog im Wahlkampf mit der Forderung nach einem Berufsheer eine Kehrtwendung. Er verließ damit einen jahrzehntelangen Grundsatz der Sozialdemokratie, nämlich das Bekenntnis zum Milizsystem als

Mittel zur Demokratisierung des Heeres. Dazu Martin Khull Kholwald, KPO-Gemeinderat in Graz und Milizoffizier:

### Eine Heeresreform mit Zielpunkt NATO

Stellt man sich die Frage, welche Anforderungen die NATO an den möglichen Beitrittskandidaten Österreich stellt, so stechen zwei Punkte besonders hervor. Zum einen ist die NATO daran interessiert, auch auf unserem Bundesgebiet uneingeschränkt schalten und walten zu können. Zum anderen kann ein militärisch wenig potentes Land sicherlich nicht mit vielen Divisionen, sondern eher mit kleinen, aber hochtechnisierten Einheiten dienlich sein. Luftlandeeinheiten, Spezialtruppen für Gebirgseinsätze und rasch verfügbare mechanisierte Verbände (mit Radpanzern!!!) sind die Leckerbissen, die für die NATO aufbereitet werden sollen. Am effizientesten läßt sich dieser NATO-Auftrag schon vor einem Beitritt mit der Schaffung eines Berufsheeres bewerkstelligen. Sollte es dazu kommen, so hat Österreich wieder einmal vorauseilenden Gehorsam dem „Weltpolizisten“ gegenüber zu beweisen.

### Miliz bedeutet Demokratisierung des Heeres

Stellt man die Tendenz einer Technisierung und das Faktum, das hochtechnisierte Armeen übereinen gewaltigen Verwaltungsapparat verfügen müssen, der Behauptung gegenüber, daß ein Berufsheer für Österreich billigere Variante wäre, komme man bald zu dem Schluß, daß ein Berufsheer die Finanzierbarkeitsgrenze sicherlich überschreiten wird. Neben den hohen Kosten sollte aber auch noch ein Argument Platz finden: Ein Berufsheer ist ein Staat im Staat! Der für Berufs- und Milizsoldaten wertvolle Erfahrungsaustausch fällt weg. Für die Demokratisierung des Bundesheeres haben wir Milizsoldaten immer unseren Beitrag geleistet. Dieser Beitrag darf nicht den Forderungen des Angriffsbündnisses NATO geopfert werden!

# Verschwiegenheitsverletzung?

## Bürgermeister ermahnt GR Dr. Birgit Kampf:

Bezugnehmend auf einen Artikel in der letzten KPÖ-Gemeindezeitung „Glück auf“ ermahnte Bürgermeister Johann Straner KPÖ-GR Dr. Birgit Kampf öffentlich zu Beginn der letzten Gemeinderatssitzung wegen Verletzung der Verschwiegenheitspflicht. Er verwies dabei auf den § 33, Abs.3 der Stmk. Gemeindeordnung, der besagt, daß eine solche Pflichtverletzung den Verlust des Mandats bewirken kann.

Dieses Thema wurde jedoch im öffentlichen Teil der Gemeinderatssitzung vom 24.6.99 behandelt:

GR DI Dr. Kampf verweist auf ihre Anfrage zum Tagesordnungspunkt 3, den sie nach Absprache mit dem Bürgermeister gerne unter Punkt 17.2 behandelt hätte:

*Wer hat wann und aus welchen Gründen der Wohnbau Fohnsdorf GmbH die Beiträge für die Kanalisierung Sillweg Kohlenstraße 4, 6, 10, 12, und 14 in Höhe von S 539.008,59 bis August 2001 gestundet?*

BGM Straner erklärt, daß dies ein Beschluß des Gemeindevorstandes war, der dem Steuergeheimnis unterliegt und somit im Gemeinderat nicht diskutiert werden darf.

Auszug aus dem Protokoll

Offenbar können kommunistische Gemeinderäte der Mehrheitsfraktion sehr unangenehm sein, wenn sie die Bevölkerung wahrheitsgemäß über Gemeindeangelegenheiten informieren, getreu unserem Motto:

**Initiative-Kontrolle-Information**



## Bestattungsgebarung: Vertraulich?

Der Bericht über den defizitären Rechnungsabschluß 1998 der Bestattung wurde vom Bürgermeister in den nichtöffentlichen Teil der Gemeinderatssitzung verlegt **und** - so wie alle anderen Tagesordnungspunkte dieses Sitzungsteiles - **als vertraulich erklärt**.

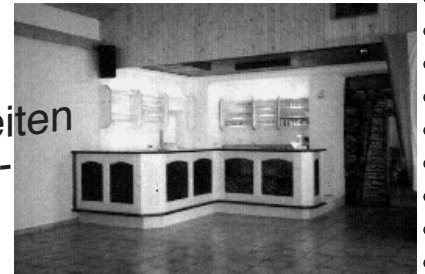
Die KPÖ-Gemeinderäte sind der Ansicht, daß jeder Fohnsdorfer Gemeindebürger das Recht hat, über die Finanzgebarung der Gemeinde Bescheid zu wissen.

## SAALVERMIETUNG

Der große Saal der „Resti“ in Fohnsdorf, Josefiplatz 3a ist der passende Rahmen!

Modernisiert und renoviert ist er günstig zu mieten!

Suchen Sie Räumlichkeiten für eine größere



Anfragen und Informationen: KPÖ Fohnsdorf • Tel. 035 73/ 21

## Getränkesteuer

Lt. Urteil des Europäischen Gerichtshofen in erster Instanz darf die Getränkesteuer seit dem EU-Beitritt Österreichs 1996 nicht mehr eingehoben werden.

Das ganze Verfahren liegt nun beim Obersten Gerichtshof der EU, wo im Dezember eine Entscheidung erwartet wird.

In Fohnsdorf betragen die Einnahmen aus der Getränkesteuer für die Gemeinde ca. 4,3 Millionen Schilling pro Jahr. Wenn entschieden wird, daß die Getränkesteuer nicht mehr eingehoben werden darf und für die letzten 4 Jahre zurückgezahlt werden muß, würde das die Gemeinde mit ca. 17 Mio. Schilling belasten.

Deshalb stellte Gemeinderätin Dr. Birgit Kampf bei der letzten Gemeinderats-Sitzung an Bürgermeister Straner die Anfrage, welche Maßnahmen für diesen Fall vorgesehen sind.

Der Bürgermeister antwortete, daß es da nur eine Lösung gebe: sparen!

Die Meinung der KPÖ ist, daß Einnahmeverluste für die Gemeinde durch „Verordnungen von Brüssel“ nicht auf die Bevölkerung in Form von Gebührenerhöhungen abgewälzt werden dürfen. Hier muß es einen Ausgleich von Bund, Land und Gemeinden geben, z.B. in Form erhöhter Bedarfszuweisungen. Damit dies aber geschieht, ist politischer Druck vonnöten.



# 100 Jahre Arbeiterbe- wegung Fohnsdorf

Berichte, Texte, Lieder  
Festrede: KPÖ-Vorsitzender Mag. Walter Baier  
Arbeitersingkreis Fohnsdorf

Bläserquartett der  
Bergkapelle Fohnsdorf  
**Villacher Arbeiter-**

13 Nov

**KPÖ**

FOHNSDORF

um 15 Uhr  
„Resti“, Josephiplatz 3a